

SITZUNG VOM

1. Juli 1991

PROTOKOLL

der 15. Sitzung (Doppelsitzung)

Datum: Montag, 1. Juli 1991

Zeit: 18.00 Uhr bis 21.45 Uhr

Ort: Singsaal Lättenwiesen

Vorsitz: Ratspräsident Anton Steiner

Protokoll: Roger Würsch

Anwesend: 32 Mitglieder
Eduard Tellenbach ab 18.55 Uhr

Abwesend: Rudolf Anliker (Ferien)
Markus Goetschi (Militär)
Maya Rüegg (im Publikum; Wahl noch nicht rechtskräftig)
Kathrin Schmid (Ausland)



SITZUNG VOM

1. Juli 1991

Geschäfte:

1. Mitteilungen
2. Protokoll der 14. Sitzung vom 3. Juni 1991
3. VPM-Aktivitäten, Interpellation Peter Reinhard, Antwort Stadtrat
4. Kreispital Bülach, Ersatzbeschaffung und Einführung Patientenadministrations- und Spitalinformationssystem, Brutto-Kredit von Fr. 314'640.--
5. Genehmigung des Geschäftsberichtes 1990
6. Bewilligung der Ausdehnung des Angebotes für Unterrichtshilfen im Rahmen des Integrationskonzeptes für die fremdsprachigen Schüler um 1,5 Lehrstellen.
7. Genehmigung der Bauabrechnung von Fr. 493'402.15 für die Wärmezurückgewinnung im Hallenbad Bruggwiesen
8. Ueberdeckung N11, Motion Albert Fuchs, Zwischenbericht

SITZUNG VOM

1. Juli 1991

1. Mitteilungen

1.1 Entschuldigungen, Verspätungen Stadtrat

- Stadträtin Helen Kunz ab 18.20 Uhr
- Stadtrat Hans Peter Friess ab 18.20 Uhr
- Stadtrat Bruno Tantanini ab 18.40 Uhr
- Stadtpräsident Jürg Leuenberger ab 18.40Uhr
- Stadtrat Hans Rosenberger ab 18.45 Uhr
- Stadtrat Karl Pfister (Ferien)

1.2 EVP/LdU-Fraktion

V 4.3.1

Mit Schreiben vom 3. Juni 1991 teilen die Gemeinderatsmitglieder der EVP und Jes LdU eine Fraktionsbildung mit.

1.3 Gemeinderätliche Planungskommission

B 1.A

Mit Schreiben vom 31. Mai 1991, teilt K. Schwaighofer mit, dass die Planungskommission vorläufig keine Arbeitssitzungen mehr durchführt, da die Anhörungen beim Bundesamt einige Zeit erfordern.

1.4 Ablehnung der Volksinitiative Oberhauserriet, Referendum

B 1.4.2

Die Urnenabstimmung wird auf den 20. Oktober 1991 festgesetzt.

1.5 Rücktritt Bernadette Bühler, Ersatzwahl von Maya Rüegg

A 1.2.3/V 4.3.1

In Anwendung von § 101, Absatz 2 GG und § 90 WAG, wählt der Stadtrat Maya Rüegg, geboren 1950, wohnhaft Wallisellerstr. 174, 8152 Opfikon, als Nachfolgerin von Bernadette Bühler in den Gemeinderat Opfikon.

2. Protokoll der 14. Sitzung vom 3. Juni 1991

Werner Erni, Präsident der Rechnungsprüfungskommission, gibt folgenden Fehler im Protokoll bekannt und verlangt Berichtigung:

S. 205, Pos. 90 und 95:

Es haben sich die Zahlen von 1989 in das Protokoll eingeschlichen. Es heisst richtig:

Pos. 90 Liegenschaftenverwaltung (FV)

Nettoausgaben Fr. 3'765.15

Budget Fr. --

Pos. 95 Finanzabteilung (FV)

Nettoausgaben Fr. 518'675.40

Budget Fr. 3'021'000.--

Werner Brühlmann macht darauf aufmerksam, dass die Sitzung nicht um 18.00 Uhr, sondern um 19.00 Uhr begonnen hat.

Das Protokoll wird mit den erwähnten Aenderung genehmigt.

SITZUNG VOM

1. Juli 1991

3. VPM-Aktivitäten, Interpellation Peter Reinhard, Antwort Stadtrat**S 1.4.2**

Peter Reinhard (EVP) ist im Grundsatz von der Antwort des Stadtrates befriedigt. Er ist befriedigt, dass auch der Stadtrat dem VPM, aufgrund verschiedener Vorkommnisse, "sehr skeptisch" gegenübersteht und damit beweist, dass er die Problematik erkannt hat. Im Weiteren ist er froh, dass der Stadtrat auf bestehende Schwierigkeiten im Lehrkörper seit dem Winter 90/91 hinweist und damit bestätigt, dass seine Interpellation durchaus gerechtfertigt war. Die Fragen 1 - 3 sind klar beantwortet. Bei der Frage 4 scheint eine klare Aussage schwer zu fallen. Konkret möchte er vom Stadtrat noch folgende Zusatzfragen beantwortet haben:

- *1. Ist meine Interpretation zu seiner Antwort zu Punkt 4 richtig, wonach seine Auflistung der Gründe, welche zu negativen Auswirkungen auf die Erziehung von Jugendlichen führen, zumindest in einem Falle ganz oder teilweise erfüllt wurden?
2. Wurden inzwischen disziplinarische oder ähnliche Massnahmen gegen ein VPM-Mitglied im Lehrkörper ausgesprochen?
3. Zu Punkt 5 möchte ich den Stadtrat um Auskunft über den aktuellen Stand der Situation bitten. Wieviele Kündigungen sind bis jetzt eingegangen und konnten die Stellen wieder besetzt werden?"

Stadträtin Madeleine Roth und Schulpräsident Paul Gehrig beantworten die Fragen wie folgt:

1. Die Interpretation ist teilweise richtig.
2. Es wurde ein Verweis ausgesprochen. Ein Rekurs ist jedoch beim Bezirksrat noch hängig.
3. 4 der 5 zu besetzenden Stellen konnten neu belegt werden. Die letzte glaubt man an der nächsten Schulpflegesitzung besetzen zu können.

Peter Reinhard ist von den Antworten befriedigt. Eine weitere Diskussion im Rat wird nicht erwünscht. Die Interpellation von Peter Reinhard ist somit abgeschlossen.

4. Kreisspital Bülach, Ersatzbeschaffung und Einführung Patientenadministrations- und Spitalinformationssystem, Brutto-Kredit von Fr. 314'640.-**G 3.1.11**

Anton Steiner stellt Herrn Otto Zimmermann, Direktor des Kreisspitals Bülach, vor, welcher bei allfälligen Fragen aus dem Rat Auskunft erteilen könnte.

Charles Kulli berichtet über die Arbeit der RPK und beantragt im Namen der RPK, dem Kreditanteil der Stadt Opfikon für die Ersatzbeschaffung und Einführung eines Patientenadministrations- und Spitalinformationssystems für das Kreisspital Bülach zuzustimmen.

Valentin Perego (FDP), welcher sich beruflich mit EDV befasst, und zwar genauer mit EDV im Gesundheitswesen und damit auch in Spitälern, erläutert in einem längeren Referat aus welchen Gründen er einen Ablehnungsantrag stellt. Hauptpunkte sind:

SITZUNG VOM

1. Juli 1991

- mangelhafte Evaluation
- ungenaue und teilweise falsche Unterlagen
- Software-Projekt bis heute noch nicht realisiert, schlechte Kompatibilität
- viel zu hohe Kosten (Folgekosten nicht angegeben)

Stadtrat Hans Peter Friess findet es befremdend, dass eine solche Diskussion im Rat stattfindet, diese hätte früher geschehen sollen. Er stellt den Antrag, dass Herr Otto Zimmermann, Direktor des Kreisspitals Bülach, zu den Ausführungen von Valentin Perego Stellung nehmen kann.

Dem Antrag wird stattgegeben.

Herr Otto Zimmermann, erläutert in einigen Sätzen den Stand um diese neue Anlage. 17 von 25 Verbandsgemeinden haben der Geschäft bereits zugestimmt (2/3 Mehr vorhanden). 2/3 der Kreditsumme ist jedoch noch nicht erreicht. Wenn 2/3 der Kreditsumme vorhanden ist, ist die Anschaffung entschieden und Opfikon muss dann so oder so bezahlen. Die Vorwürfe von Valentin Perego weist er zurück. Er macht darauf aufmerksam, dass die Fides-Programme als einzige einen 10-jährigen Investitionsschutz gewährleisten (NCR nur 2 Jahre).

In der folgenden Diskussion stellt sich heraus, dass der Gemeinderat sich nicht befähigt fühlt, zu diesem Zeitpunkt über dieses Geschäft zu entscheiden, da zu viele Argumente und Gegenargumente offen sind. Walter Epli stellt den Antrag, das Geschäft zurückzuweisen und die RPK zu beauftragen, diese offenen Fragen zu überarbeiten.

Bei der folgenden Abstimmung obliegt der Antrag um Rückweisung dem Antrag um Ablehnung mit 25 zu 5 Stimmen.

Bei der Schlussabstimmung erhält der Antrag um Rückweisung 30 Stimmen, während der Antrag um Annahme 2 Stimmen erhält. Das Geschäft ist somit zurückgewiesen.

SITZUNG VOM

1. Juli 1991

4. **Kreisspital Bülach, Ersatzbeschaffung und Einführung Patientenadministrations- und Spitalinformationssystem, Brutto-Kredit von Fr. 314'640.--** G 3.1.11
-

Der Gemeinderat

- gestützt auf den Antrag von Walter Epli (CVP) vom 1. Juli 1991

BESCHLIESST:

1. Der Brutto-Kredit von Fr. 314'640.-- als Anteil der Stadt Opfikon an der Ersatzbeschaffung und Einführung eines neuen Patientenadministrations- und Spitalinformationssystems für das Kreisspital Bülach wird an die RPK zurückgewiesen.
2. Die RPK erhält den Auftrag, die offenen Fragen aus der Sitzung vom 1. Juli 1991 zu überarbeiten.
3. Mitteilung durch Protokollauszug an:
 - Kreisspital Bülach, Spitalstrasse 24, 8180 Bülach
 - Gemeinderat
 - Stadtrat
 - Rechnungsprüfungskommission
 - Gesundheitskommission
 - Finanzverwaltung
 - Gesundheitsabteilung

5. Genehmigung des Geschäftsberichtes 1990

V 4.2

Eintretensdebatte:

Heinrich Schlatter, Präsident der Geschäftsprüfungskommission, dankt in seinem Referat für die gute Zusammenarbeit zwischen der GPK, den einzelnen Abteilungen und dem Stadtrat. Er dankt R. Würsch für die Sekretariatsarbeiten. Im weiteren weist er darauf hin, dass zwei Seiten der Schule nicht kopiert und verschickt wurden. Diese beiden Seiten wurden von Christine Schärer heute nachgeliefert. Heinrich Schlatter beantragt Eintreten auf den Geschäftsbericht.

Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen.

Detailberatung:**1. Präsidialabteilung (Seiten 25 - 36)**

H. Schlatter verweist auf den vorliegenden Bericht der GPK. Speziell erwähnt er das neue Image der Verwaltung, welches durch den Stadtpräsidenten Jürg Leuenberger sehr gut vertreten wird. Besonders erwähnt er den Gewinn des Wettbewerbes "Im Dienste aller", welcher von der Gemeinde Opfikon gewonnen wurde.

Kurt Bossuge (LDU) möchte Auskunft über den Stand des Telefonbucheintrages.

Stadtpräsident Jürg Leuenberger informiert, dass der Stadtrat nach dem Gespräch mit Gewerbeverein, Industrie und Bevölkerung noch einmal über den Eintrag diskutiert hat. Der Stadtrat hält am einheitlichen Eintrag unter Opfikon-Glattbrugg fest. Die Abonnenten haben die Möglichkeit, bei ihrem Eintrag die Ergänzung "Glattbrugg" registrieren lassen. Die PTT wurde vom Entscheid des Stadtrates informiert. Schlussendlich wird die PTT über die Art und Weise des Eintrages entscheiden. Gegenwärtig setzt sich ein Anwalt des Gewerbe und der Industrie mit der PTT auseinander.

Nach diesen Erklärungen wird das Wort nicht mehr verlangt. Der Rat stimmt dem Bericht der Präsidialabteilung zu.

2. Finanzabteilung (Seiten 37 - 43)

Der Sprecher der GPK, Fritz Schär erwähnt zum Abschied der GPK speziell den Steuerfuss. Dieser wurde auf der gleichen Höhe beibehalten. Dies hat sich als richtig erwiesen. Ansonsten hat Fritz Schär keine besonderen Bemerkungen anzubringen.

Kurt Bossuge möchte wissen, ob die Auflösung von Scherrer Erben AG mit Kosten für die Stadt verbunden ist. Stadtrat Hans Rosenberger gibt als Stellvertreter des Finanzvorstandes die Auskunft, dass die Abklärungen von Fachleuten ergeben haben, dass diese Auflösung steuerfrei vollzogen werden kann. Die Erhebung der Grundstückgewinnsteuer ist Gemeinderecht. Auch die Gemeinde Wallisellen hat mitgeteilt, dass sie für die Parzelle, welche auf ihrem Boden liegt, keine Steuern erheben wird.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen verlangt werden, wird dem Bericht der Abteilung Finanzen zugestimmt.

3. Bauabteilung (Seiten 45 - 58)

Im Auftrag der GPK referiert Walter Epli über die Bauabteilung. Er erwähnt, dass der Bauabteilung sehr viele Fragen gestellt wurden, welche tadellos beantwortet wurden. Er erwähnt die sehr gute Auflistung der Abteilungsziele. Im weiteren stimmen der Regierungsplan und der Terminplan recht gut überein. Eine Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit ist im Gange. Es werden jedoch auch einige Exotikprojekte in Betracht gezogen und eine eigenliche "Kreiselitis" scheint ausgebrochen zu sein.

Werner Erni (FDP) fragt nach dem Baubeginn des Kreisels Gibeleich-/Talackerstrasse. Stadtrat Bruno Tantanini erläutert die Probleme, welche aufgetaucht sind (Sanierung und Verlegung von Wasserleitungen). Diese Verleuern das Projekt um rund Fr. 100'000.-- (Fr. 30'000.-- Strassenbau/Fr. 70'000.-- Werke). Diese Summe wird im Rahmen der zweiten Nachtragskreditserie dem Gemeinderat vorgelegt. Wenn die Summe bewilligt wird, wird mit dem Bau sofort begonnen.

Der Rat stimmt dem Bericht der Bauabteilung zu.

4. Werkabteilung (Seiten 59 - 73)

In seinen Erläuterungen erwähnt der Sprecher der GPK, Hans Jörg Stahl, dass nicht nur der Abfall, sondern auch das Wasser und der Strom teurer wurden. Er findet es sehr erfreulich, dass für fotovoltaische Anlagen eine Entschädigung in der Höhe des Stromtarifes entrichtet wird.

Kurt Bossuge (LDU) zeigt sich befremdet darüber, dass die betroffenen Personen der hängigen Entschädigungsverfahren, trotz der Bekanntgabe eines Entscheidungsdatums (15. Januar 1991), von der Stadt keine weiteren Mitteilungen über den Stand der Dinge erhalten haben. Stadtrat Hans Rosenberger erklärt, dass die Schätzungskommission I des Kantones trotz regelmässigen Interventionen erst die Antworten der acht leichteren Verfahren geliefert hat (alle abgewiesen). Ueber die restlichen Verfahren sei entschieden worden, es müssten jedoch noch die Beantwortungen ausgearbeitet werden. Von Seiten der Stadt Opfikon gibt es keine Möglichkeit, diese Verfahren zu beschleunigen. Stadtpräsident Jürg Leuenberger gibt Auskunft, dass die von K. Bossuge erwähnte Mitteilung einer Anfrage aus der Sprechstunde entstammte. Das Datum wurde von der Schätzungskommission genannt. Ein mündlicher Kontakt mit den betroffenen Personen hat weiterhin stattgefunden.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen verlangt werden, wird dem Bericht über die Werkabteilung zugestimmt.

5. Liegenschaften-, Land- und Forstwirtschaftsabteilung (Seiten 75 - 80)

Walter Berner (LDU) erläutert den Bericht der GPK. Er weist unter anderem auf die laufenden Ziele, auf weitere Asbestsanierungen in der Schulanlage Mettlen und die landwirtschaftliche Situation hin.

Ernst Schmid (CVP) fragt, warum die Blockhütte Au an gewissen Tagen nicht vermietet wird und was man tun kann, damit die Hütte dauernd zur Verfügung steht? Stadtrat Erich Klaus, als Stellvertreter des Liegenschaftenvorstandes, erklärt, dass die Blockhütte tatsächlich an hohen Feiertagen nicht vermietet wird. Erstens, wegen dem Feiertag und zweitens, weil es an diesen Tagen schwierig ist, jemanden für die Uebergabe, Kontrolle und Abnahme zu finden. Die zweite Frage wird Stadtrat Jacques Mettler übergeben.

Felix Widmer (GV) vermisst Angaben über den Pachthof. Welche Auflagen gingen an den Pächter? Hat der Stadtrat Kenntnis, in welcher Form biologischer Landbau betrieben wird?. Erich Klaus kann zu diesen Fragen nicht Stellung nehmen. Die Fragen werden Jacques Mettler übergeben.

Der Rat stimmt dem Bericht der Abteilung Liegenschaften Land- und Forstwirtschaft zu.

6. Gesundheitsabteilung (Seiten 81 - 94)

Roberto Gardin (GV) orientiert über den Bericht der GPK. Er begrüsst die Initiative der Abteilung im Bereich Suchtmittel. Diese Aktivitäten sollten weiterhin gefördert werden, da eine Sensibilisierung in der Bevölkerung langsam spürbar wird. Sehr erfreulich ist die Tatsache, dass die Kehrichtmenge bei der Anlage Hagenholz um 5 kg pro Kopf zurückgegangen ist. Die gesamte Abfallmenge hat jedoch wiederum zugenommen. Die ARA wird im Geschäftsbericht nicht erwähnt. Dies ist vom Stadtrat als Versäumnis erkannt worden.

Valentin Perego (FDP) bittet den Stadtrat künftig darauf zu achten, dass der Bericht der Gesundheitsabteilung vermehrt auch den Bereich Gesundheit anschneidet (ARA, Spital Bülach).

Werner Brühlmann (FDP) fragt nach, wieso diese Abteilung als einzige mit einem negativen Bild (Abfallberg) vorgestellt wird (z.B. könnte ein Bild mit getrenntem Abfall gezeigt werden). Stadtrat Hans Peter Friess erwähnt das dürftige Fotomaterial, welches in der Abteilung vorhanden ist. Die Abteilung wird bemüht sein, in Zukunft fotogener aufzutreten.

Der Rat stimmt dem Abschnitt der Gesundheitsabteilung zu.

7. Polizei- und Wehrabteilung (Seiten 95 - 106)

Hans Jörg Stahl orientiert über die Polizei- und Wehrabteilung. Er begrüsst die vermehrten Polizeipatrouillen, welche nun dank dem vierten Mann getätigt werden (8 Stunden/Tag; auch nachts). Im Weiteren wurde auch die ZÜBEWAG im Bereich Schulhäuser eingesetzt. Leider wurde die Verlängerung des 30-km/h-Bereiches bis zum Kindergarten von der Kapo nicht genehmigt. Der Feuerwehrbereich muss neu überdacht werden (Steuer/Pflicht). Opfikon ist eine von drei Gemeinden, welche am Projekt "Feuerwehr 2000" mitwirkt. Die Zivilschutzstraffälle sind rückläufig.

Das Wort wird nicht erwünscht. Der Bericht der Polizei- und Feuerwehrabteilung wird genehmigt.

8. Vormundschafts-, Fürsorge- und Altersabteilung (Seiten 107 - 120)

Roberto Gardin spricht für die GPK. Zur Vormundschaftsabteilung hat er keine Ergänzungen zu machen. Bei der Fürsorgeabteilung stellt er fest, dass die Kluft zwischen arm und reich immer grösser wird. Es entstehen neue Formen der Armut (z.B. Mietzinsen). Er ist der Ueberzeugung, dass viele Fälle noch gar nicht erfasst sind (Stolzschwelle). Zur Altersabteilung kann festgestellt werden, dass die Essenszeiten angepasst wurden, und dass die Insassen in der Menüplanungskommission einen Sitz haben. Die Personalsituation ist unter Kontrolle. Die neue Gestaltung der Räumlichkeiten muss man loblich erwähnen.

SITZUNG VOM

1. Juli 1991

Antonia Banz (NIO) erkundigt sich nach dem Diabetes-Diät-Angebot im Altersheim. Erich Klaus erklärt, dass diese zwar nicht auf dem Menuplan aufgeführt wird, aber trotzdem bei Bedarf angeboten wird. Dies ist ärztlich nachgewiesen.

Auch diesem Bericht wird vom Rat zugestimmt.

9. Jugend- und Sportabteilung (Seiten 121 - 125)

Heinrich Schlatter erläutert den Bericht der GPK. Zu dieser Abteilung sind neu das Bad und die Sportanlage Au gekommen. Die Sportlerehrungen finden nicht mehr statt. Dafür führt die Arbeitsgruppe des Stadtpräsidenten neu eine Ehrung durch, in welche die Sportlerehrung integriert wird. Ein Konzept über eine Attraktivitätssteigerung in der Badanlage ist im Gange. Der Brand im Jugendhaus wurde von den Versicherungen abgedeckt. Eine Mitgliedschaft von politischen Parteien im Vereinskartell ist reglementarisch nicht möglich.

Christian Götz (NIO) weist auf den Standpunkt des Jugendhauses hin. Dieses ist von Baustellen umgeben und steht in einer absoluten Aussenseiterposition. Er erwähnt den Pizzaofen, in welchem regelmässig (alle zwei Wochen, Donnerstags) eigene Pizzen kreiert und gebacken werden können. Er wünscht sich eine vermehrte Präsenz der Gemeinderäte.

Ernst Schmid (CVP) berichtet vom 30-Jahr-Jubiläum des Blaurings und der Jungwacht. Leider war der Stadtrat dort nicht vertreten, was er sehr bedauert. Stadträtin Madeleine Roth weist darauf hin, dass sie sich schriftlich entschuldigt hat (Eröffnung der Ausstellung Valchava im Dorf-Träff). Es wurde jedoch ein finanzieller Beitrag überwiesen.

Der Bericht der Jugend- und Sportabteilung wird vom Rat genehmigt.

10. Schule (Seiten 129 - 150)

Christine Schärer erläutert den Bericht der GPK. Dabei verweist sie vor allem auf die vielen positiven Aspekte. Es gilt jedoch auch ein negativer Aspekt besonders zu erwähnen, nämlich die Hortsituation. Es existiert weiterhin eine lange Warteliste. Warum ist der Hort kein Punkt bei den Zielsetzungen? Christine Schärer richtet einen dringlichen Aufruf, gegen diese Situation etwas zu unternehmen.

Walter Epli (CVP) erkundigt sich nach den Ersatzbeschaffungen bei der Schulzahnklinik. Sind mit den geschätzten Ausgaben von ca. Fr. 100'000.-- alle Investitionen getätigt oder kommen noch weitere Kosten dazu? Existiert ein Gesamtkonzept für die Schulzahnklinik? Neuorganisation prüfenswert (Auflösung?). Stadträtin Madeleine Roth informiert, dass die heutige Einrichtung 17 Jahre alt sei (durchschnittliche Lebensdauer: 10 Jahre!). Eine Reprivatisierung wurde auch ins Auge gefasst. Bei einer Schülerzahl von 810 ist jedoch eine Schulzahnklinik gerechtfertigt. Die ortsansässigen Zahnärzte wären nicht bereit/befähigt diese zu übernehmen. Zahnkorrekturen wären in Opfikon auch nicht mehr möglich. Eine Privatvergabe würde teurer als die Schulzahnklinik.

Ernst Schmid (CVP) fragt, wann das Französisch für die 5. Klasse eingeführt wird? Schulpräsident Paul Gehrig erklärt, dass dies kantonal geregelt wird und mit dem Schuljahr 92/93 eingeführt wird.

SI TZUNG VOM

1. Juli 1991

Es findet keine weitere Diskussion statt. Der Bericht der Schule wird vom Rat genehmigt.

11. Stadtmann- und Betreibungsamt (Seiten 151 - 152)

Walter Epli hat zu diesem Abschnitt keine weiteren Bemerkungen anzubringen.

Der Rat stimmt dem Abschnitt Stadtmann- und Betreibungsamt zu.

12. Friedensrichteramt (Seite 153 - 156)

Auch hier hat Walter Epli keinen weiteren Kommentar anzubringen.

Auch dieser Abschnitt wird vom Rat genehmigt.

Damit ist der Geschäftsbericht durchberaten. Es erfolgt die Schlussabstimmung.

Der Geschäftsbericht der Stadt Opfikon für das Jahr 1990, ohne die Bürgerliche Abteilung, wird einstimmig genehmigt.

Anschliessend an diese Beratung findet von 20.45 Uhr bis 21.05 Uhr eine Pause statt.

5. Genehmigung des Geschäftsberichtes 1990

V 4.2

Der Gemeinderat

- gestützt auf den Antrag des Stadtrates vom 5. März 1991, sowie den Bericht und Antrag der Geschäftsprüfungskommission vom 13. Juni 1991

BESCHLIESST:

1. Der Geschäftsbericht der Stadt Opfikon für das Jahr 1990 wird, mit Ausnahme der die Bürgerliche Abteilung betreffenden Abschnitte, genehmigt.
2. Mitteilung durch Protokollauszug an:
 - Stadtrat
 - Abteilungsleiter
 - Schule
 - Stadtmann- und Betreibungsamt
 - Friedensrichteramt
 - GPK
 - Stadtkanzlei

SITZUNG VOM

1. Juli 1991

6. Bewilligung der Ausdehnung des Angebotes für Unterrichtshilfen im Rahmen des Integrationskonzeptes für die fremdsprachigen Schüler um 1,5 Lehrstellen

S 1.9.1

Hans Jörg Stahl erläutert den Antrag der Geschäftsprüfungskommission. Das Ziel des Integrationskonzeptes ist es, dass fremdsprachige Schüler rasch möglichst in Normalklassen integriert werden können. Er weist darauf hin, dass der Umfang nun so gross ist, dass 3 Stellen besetzt werden müssen. Der Unterricht ist gesetzlich vorgeschrieben, trotzdem ist der Stadtrat der Ansicht, dass der Gemeinderat diese Stellen bestätigen soll. Die GPK beantragt einstimmig, die Ausdehnung um 1,5 Lehrstellen zu bewilligen.

Florian Caprez (SVP) teilt mit, dass die SVP sich der gesetzlichen Pflichten bewusst ist. Sie ist jedoch nicht dafür, dass die Attraktivität für Ausländer in Opfikon-Glattbrugg dermassen gesteigert wird. Eine Firma aus Glattbrugg wirbt mit diesem Angebot der Sprachausbildung für Kinder in Spanien um Arbeitskräfte. Die SVP stimmt dem Antrag der GPK zu, verlangt jedoch, dass damit kein Missbrauch betrieben wird.

Werner Brühlmann (FDP) stimmt dem Antrag zu. Der Bedarf ist nachgewiesen, benötigt doch gegenwärtig jeder 8. Primar- und jeder 12. Oberstufenschüler diese Kurse. Er fragt sich jedoch, warum diese Stunden nicht zusätzlich besucht werden und welche Fächer dafür ausgelassen werden?

Stadträtin Madeleine Roth und Schulpräsident Paul Gehrig berichten, dass die Kurse in Absprache mit den Klassenlehrern stattfinden. Zumeist fallen die Deutschstunden dafür aus, z.T. auch Mathematikstunden. Diese Sprachschulung soll nicht zu Lasten der Schüler fallen, daher keine zusätzlichen Stunden.

Christian Götz (NIO) ist der Ansicht, dass nicht die Attraktivität von Opfikon gesenkt werden sollte, sondern dass solche Lockvögel bekämpft werden müssen. Der Niveauunterschied ist so gross, dass auch Gruppenunterricht in Einzelunterricht überlaufen würde.

Roberto Gardin (GV) erklärt, dass die Lehrerschaft hinter diesem Unterricht steht, weil auch die restlichen Schüler einer Klasse davon profitieren. Im übrigen findet kein Einzelunterricht, sondern Unterricht in Kleingruppen statt.

Es wird kein Gegenantrag gestellt. Somit wird dem Antrag des Stadtrates und der GPK zugestimmt.

SITZUNG VOM

1. Juli 1991

6. **Bewilligung der Ausdehnung des Angebotes für Unterrichtshilfen im Rahmen des Integrationskonzeptes für die fremdsprachigen Schüler um 1,5 Lehrstellen**

S 1.9.1

Der Gemeinderat

- gestützt auf die Anträge der Schulpflege und des Stadtrates vom 20. November 1990, sowie in Anwendung von § 51, Ziffer 12 der Gemeindeordnung und der Geschäftsprüfungskommission vom 4. Juni 1991

BESCHLIESST:

1. Die Ausdehnung des Angebotes für Unterrichtshilfen im Rahmen des Integrationskonzeptes für die fremdsprachigen Schüler im Umfang von 1,5 Lehrstellen wird bewilligt.
2. Mitteilung durch Protokollauszug an:
 - Schulpflege
 - Schulsekretariat, Dorfstrasse 4, 8152 Opfikon
 - Stadtrat
 - J+S-Vorstand

SITZUNG VOM

1. Juli 1991

7. **Genehmigung der Bauabrechnung von Fr. 493'402.15 für die Wärmezurückgewinnung im Hallenbad Bruggwiesen**

L 2.2.7

Ernst Schmid beantrag im Namen der Rechnungsprüfungskommission, die vorliegende Bauabrechnung zu genehmigen. Der Kredit wurde dank günstiger Arbeitsvergabe um Fr. 89'597.85 unterschritten. Die Idee der Wärmezurückgewinnung ist sehr erfreulich und sollte vermehrt in Betracht gezogen werden.

Es findet keine weitere Diskussion statt. Da kein Gegenantrag eingebracht wird, gilt die Bauabrechnung als Genehmigt.

SITZUNG VOM

1. Juli 1991

7. **Genehmigung der Bauabrechnung von Fr. 493'402.15 für die Wärmezurückgewinnung im Hallenbad Bruggwiesen**

L 2.2.7

Der Gemeinderat

- beschliesst auf den Antrag des Stadtrates vom 3. April 1991 und den Bericht und Gutachten der Rechnungsprüfungskommission vom 5. Juni 1991

BESCHLIESST:

1. Die Bauabrechnung für die Wärmerückgewinnung im Hallenbad Bruggwiesen im Betrag von Fr. 493'402.15 wird genehmigt.
2. Mitteilung durch Protokollauszug an:
 - Jugend- und Sportvorstand
 - Betriebsleiter Bad
 - Finanzvorstand
 - Liegenschaftenvorstand
 - Finanzverwaltung
 - Liegenschaftsverwaltung

SITZUNG VOM

1. Juli 1991

8. Ueberdeckung N11, Motion Albert Fuchs, Zwischenbericht

U 1.1.2

Anton Steiner teilt mit, dass das Büro des Gemeinderates der Meinung war, dass dieser Zwischenbericht im Rat diskutiert werden soll und daher ein eigenes Traktandum werden sollte.

Kurt Bossuge (LDU) erkundigt sich nach dem Projekt des Kantons, welcher von einer Leichtbauweise spricht. Wieso kommt nicht diese Variante? Wieviel würde diese Kosten? Wieviel wurde für die bisherige Planung ausgegeben? Wie sieht es mit dem Unterhalt und den Folgekosten aus?

Stadtrat Hans Peter Friess beantwortet diese Fragen wie folgt: Die Forderung zur Ueberprüfung einer Ueberbauung kam aus dem Rat. Bisher wurden Fr. 250'000.-- für diese Planung ausgegeben. Die Verhandlungen werden nun in Bern geführt. Was dann schlussendlich für ein Projekt dem Rat vorgelegt wird, kann man heute noch nicht voraussagen. Der Kanton ist der Ansicht, dass er für die Unterhaltskosten aufkommen muss. Ob bei der Festbauweise Kosten auf Opfikon-Glattbrugg zukommen, wird eventuell aus der Antwort aus Bern ersichtlich sein.

Kurt Schwaighofer (CVP) ist erfreut über den Zwischenbericht des Stadtrates. Der Bericht entspricht seinen Vorstellungen. Der Graben würde endlich geschlossen, was für die Gemeinde nur gut wäre. Er fragt den Stadtrat, ob das Geschäft nicht in diesem Umfang vor den Rat komme? Im weiteren erkundigt er sich, wann dieses Geschäft so weit ist?

Hans Peter Friess betont nocheinmal, dass dieser Zwischenbericht keine falschen Hoffnungen wecken soll. Sobald eine Antwort aus Bern vorhanden ist und dieses Geschäft "reif" ist, wird ein Antrag an den Gemeinderat kommen. Eine sehr grobe Zeitplanung (Hoffnung) des Stadtrates, sieht eine Antwort aus Bern Ende 1991 und die Volksabstimmung über das Projekt Ende 1992 vor.

Der vorliegende Zwischenbericht wird ohne weitere Diskussion zur Kenntnis genommen.

Schluss der Sitzung

Gegen die Geschäftsführung werden keine Einwendungen erhoben. Anton Steiner macht auf die Rekursmöglichkeiten gemäss § 151 des Gemeindegesetzes aufmerksam. Rekursinstanz ist der Bezirksrat Bülach, 8180 Bülach.

Opfikon, 8. Juli 1991

Für richtiges Protokoll
Der Ratssekretär:



R. Würsch

PROTOKOLL DES GEMEINDERATES OPFIKON

- 231 -

SITZUNG VOM

1. Juli 1991

Protokoll geprüft:

Datum:

Der Präsident:


.....

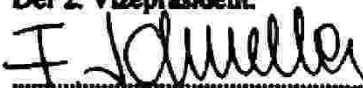
9.7.91
.....

Der 1. Vizepräsident:


.....

14.7.91
.....

Der 2. Vizepräsident:


.....

12.7.91
.....